

## **Entschiedenenes Votum gegen Windkraft**

PARLAMENT Ortenberger Stadtverordnete verabschieden einstimmig eine detaillierte Stellungnahme / Verweis auf eigene Maßnahmen zur CO2-Einsparung

**ORTENBERG** (ten). Einstimmig haben die Ortenberger Stadtverordneten eine detaillierte Stellungnahme zum Teilplan Erneuerbare Energien des Regionalplans und gegen Windräder im Stadtgebiet verabschiedet. Dabei führte Bürgermeisterin Ulrike Pfeiffer-Pantring (SPD) nicht nur den Landschaftsschutz, sondern auch die Funktion des Waldes als Hochwasserschutz an. Sie betonte, dass die Stadt seit Jahren am Ziel der CO2-Einsparung arbeite.

Dabei verwies sie in der fünfseitigen Stellungnahme auf das Energiedorf Bergheim und die Sanierung des Bürgerhauses. Bei beiden Maßnahmen sei der Energieverbrauch gesenkt und auf Biomasse umgestellt worden. Außerdem erzeuge das Wasserkraftwerk Lißberg Strom ohne CO2-Ausstoß. Weiterhin entwickle die Stadt Mobilitätskonzepte, um den Verbrauch fossiler Energien zu senken. Nicht zuletzt werde durch die Verhinderung der Verfüllung des Steinbruchs eine große Menge an CO2 eingespart, da der dafür notwendige Lkw-Verkehr entfalle.

Auf der anderen Seite betont sie, dass Ortenberg sich von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen sehe. „Mit den Extremereignissen sind sowohl mehr Trockenheit, ein Anstieg von Waldbrandgefahren als auch ein Anstieg von Überschwemmungen und Schäden bei Hochwasserereignissen zu befürchten“, erläutert sie. Die Feuerwehr sei für solche wachsenden Gefahren auf Dauer nicht ausreichend leistungsfähig.

Ein besonderes Risiko ergebe sich aus der Topographie und der Siedlungsstruktur der Großgemeinde. Die „Siedlungskerne liegen jeweils wie in einem Trichter“. Umgeben seien sie von „Hanglagen mit viel Wald“. Dieser werde benötigt, um Regen zu puffern und „Starkregen von den Siedlungsgebieten in hohem Maß fernzuhalten“. 46 Hektar Wald seien bereits wegen der Erweiterung des Steinbruchs Bergheim zur Rodung vorgesehen. Windräder in den Hangbereichen aufzustellen, weiteren Wald zu vernichten und Boden zu versiegeln, würde im Naturhaushalt gefährliche Wechselwirkungen erzeugen und Gefahren im Stadtgebiet sowie für Leib und Leben erzeugen. „Diese Veränderungen wären nicht mehr oder nur mit einem immensen finanziellen Aufwand rückgängig zu machen oder auszugleichen“, warnt Pfeiffer-Pantring.

Den Plan, für Windräder großflächig Wald abzuholzen, sei unverhältnismäßig im Vergleich zu der Vehemenz, mit der Naturschutz- und Kreisbaubehörden in den vergangenen Jahren unter dem Aspekt des Schutzes von Natur und Landschaft gegen Gärten im Außenbereich vorgegangen seien, gibt sie zu bedenken. „Hier wurden Rentner, die in den Ortskernen ihre Häuser haben und ihre Grundstücke im Außenbereich als Haus- und Nutzgarten benutzen, ihrer Daseinsvorsorge beraubt.“

Die Ortsbeiräte Lißberg und Eckartsborn wenden sich aus Gründen des Naturschutzes und der touristischen Entwicklung gegen die im Regionalplan vorgesehenen Windräder. Lißberg verweist darauf, dass eine Vorrangfläche aus naturschutzfachlichen Gründen durch Hessen-Forst aus der Bewirtschaftung

genommen worden sei. Bau und Betrieb von Windrädern in diesem Bereich seien dagegen wieder eine wirtschaftliche Nutzung. Daneben sei auch der Schutz des Rotmilans nicht berücksichtigt. Der Ortsbeirat Lißberg verweist detailliert auf die große Anzahl an Bodendenkmälern von Köhlerplätzen bis zu Wüstungen im Bereich der zweiten Vorrangfläche. Die Aufstellung von Windrädern schade den Bemühungen einer touristischen Entwicklung, wie sie unter anderem durch die Bonifatiusroute erfolgreich war.

Mit einer Enthaltung aus den Reihen der SPD wurde die Stellungnahme einstimmig verabschiedet.

Mit dem nächsten Tagesordnungspunkt, dem Abschluss eines Vertrags zur Durchleitung des Stromes des Windparks Soderwald in Wenings über rund 1,7 Kilometer Ortenberger Gebiet, betonte Pfeiffer-Pantring, dass die Stadt nicht grundsätzlich gegen Windenergie sei. Bei dem Standort der Windräder in Wenings sei auch die Hochwasserproblematik nicht wie in Ortenberg gegeben.

Jährlich sollen nach dem Vertrag 2542,50 Euro, über die Nutzungszeit von 20 Jahren mithin 50 850 Euro, von dem Stromerzeuger für die Trasse gezahlt werden. Berthold Passlack (BiO) regte an zu prüfen, ob diese Zahlungen mit einem Abschlag auch einmalig für die gesamte Laufzeit abgegolten werden könnten. „Das wären zwar zehn Prozent weniger, aber man hat das Geld sofort.“ Dem Vertragsentwurf stimmten alle Stadtverordneten zu.